56. Jahrgang. № 36. Mittwoch, 7. Februar 1912.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,00 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/21 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — Zu Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

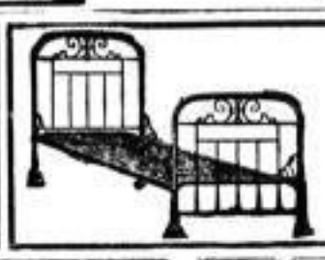
Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker
Lobeck's
Marke: Dreiring
Fondant-Chocolade
Rahm- Chocolade
Bitter- Chocolade
Cacao
Dessert
per Tafel 50 ₰
per ½ Kg. Dose 2.40 M.
per Carton 2.3 u. 4 M.

RAUM KUNST
Brautleute kaufen am vorteilhaftesten in der
„Raumkunst"
Dresden-A., Viktoriastraße 5/7.
Unübertroffene Auswahl billiger Wohnungseinrichtungen. Erstklassiges, eigenes Fabrikat. Neuester Schlager: Preßstoffmöbel (D. R.-P.). Elegant — Praktisch — Billig.

Grösstes Lager
in
Beleuchtungs-Gegenständen.
Ebeling & Croener,
Bankstrasse 11.


Reformbettstellen
A. F. Müller
Eisenmöbelfabrik
Gegründet 1873
Annenstr. 23/25, Annenhof.
Alle Arten Eisenmöbel.

Artikel zur Haut-, Haar-, Zahn- und Nagelpflege empfiehlt Carl Wendschuchs Etablissement Struvestrasse 11.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Südwestwind, wärmer, trocken.

Zum Verbandsdirektor von Großberlin wurde Oberbürgermeister Voigt-Barmen gewählt.

Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands findet vom 11. bis 15. August in Aachen statt.

In Annenwalde in der Uckermark sind fünf Kinder des Arbeiters Brach durch Ofenrauch erstickt.

Der Großfürst Andreas von Rußland ist in Wien eingetroffen und wird vom Kaiser in Audienz empfangen werden.

In Andalusien sind starke Ueberschwemmungen eingetreten. Der Verkehr ist unterbrochen.

Die Großmächte haben ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der Anerkennung der neuen chinesischen Regierung beschlossen.

Das Ergebnis der bayrischen Landtagswahlen

bietet ein weit über die blau-weißen Grenzpfähle hinausgehendes Interesse, weil der Wahlkampf im Zeichen einer von der Regierung selbst getragenen Gegnerschaft gegen das Zentrum gestanden hat. Das bayrische Staatsministerium hatte das fortwährende Seufzen unter der rücksichtslos gehandhabten ultramontanen Fuchtel satt bekommen und war deshalb im November vorigen Jahres zur Auflösung geschritten. Das Zentrum hatte es mit der skrupellosen Ausübung seiner parlamentarischen Vorherrschaft im Landtage so arg getrieben, daß selbst die Geduld des mit einer einzigen Ausnahme, des Verkehrsministers von Frauendorffer, aus lauter Katholiken bestehenden Ministeriums erschöpft war. Dabei sind die bayrischen amtlichen Kreise nicht etwa zimperlich, sondern wissen, was des Landes so der Brauch ist und richten sich danach. Alles hat indes seine Grenzen, und so auch die Fähigkeit bayrischer Minister, sich von der „regierenden" parlamentarischen Partei unausgesetzt mißhandeln zu lassen. Der sackgrobe Ton, der sowohl in der Presse des bayrischen Zentrums, wie in der Landtagsfraktion vorherrscht, war schließlich im Parlament so ausgeartet, daß die Minister selbst vor den größten persönlichen Beschimpfungen nicht mehr sicher waren; so wurde, um nur ein Beispiel anzuführen, der Chef des Verkehrsressorts von einem Zentrumsabgeordneten schlankweg in öffentlicher Sitzung ein „furchtbarer Esel" genannt. Von sachlichen Beweggründen war bei der Stellungnahme des Zentrums zu den schwebenden Tagesfragen schließlich kaum noch eine Spur zu entdecken, vielmehr wurde der nackte parteipolitische Egoismus, das reine Macht- und Herrschaftsprinzip mit einer Selbstverständlichkeit in den Vordergrund geschoben, die oft, namentlich in Kunstfragen, auch außerhalb Bayerns Spott und Befremden hervorrief. Wurde schon hierdurch der bayrischen Regierung das Leben außerordentlich sauer gemacht, so kam noch der weitere Umstand hinzu, daß die Landtagsfraktion des Zentrums sich förmlich als eine Art von Nebenregierung aufspielte, die sich Befugnisse der Exekutive anmaßte, alle Handlungen der gesetzmäßigen Regierung, die ganz außerhalb der parlamentarischen Zuständigkeit lagen, kontrollierte und eine parteipolitische Vetternwirtschaft bei der Besetzung der Aemter einzuführen bestissen war. Alle diese Mißstände hatten schließlich so viel Zündstoff angehäuft, daß jeder Funke die Mine zur Explosion bringen mußte, und das geschah denn auch bei Gelegenheit eines heftigen persönlichen Vorstoßes, den das Zentrum nach üblicher Art wieder einmal gegen die Regierung ins Werk setzte.

Die ganzen Begleitumstände der Landtagsauflösung ließen nicht den mindesten Zweifel darüber bestehen, daß der bayrischen Regierung, die von demselben ausdrücklich ausgesprochenen Vertrauen des Prinz-Regenten gestützt wurde, ein Zusammenbruch der Zentrumsmehrheit äußerst erwünscht gewesen wäre. Noch kurz vor dem Ende des Wahlkampfes erging ein scharfer amtlicher Erlaß, der sich gegen die von der Zentrumspresse beliebte unehrerbietige Hereinziehung der allerhöchsten Person in den Streit der politischen Parteien richtete, und aus dem sich unschwer entnehmen ließ, daß die gegen das Zentrum zugespitzte Stimmung in den leitenden Münchner Kreisen in der Zwischenzeit keine Abschwächung erfahren hatte. Das jetzt vorliegende Wahlergebnis hat aber die Hoffnungen auf eine Beseitigung der Zentrumsmehrheit nicht erfüllt. Elf Mandate büßt das Zentrum allerdings ein, doch verfügt es dann immer noch über 87 Stimmen unter der Gesamtzahl von 163 Abgeordneten, so daß es auch im neuen Landtage wiederum über eine schwache Mehrheit — 6 Stimmen — gebieten wird. Angesichts eines solchen Ausganges des Wahlkampfes wäre dem Ministerium Podewils auf alle Fälle nichts weiter übrig geblieben, als dem Prinz-Regenten seine Entlassung zu unterbreiten, und da das Ergebnis sich bereits vorher ziemlich sicher voraussehen ließ, so hat das Kabinett es vorgezogen, bereits am Tage vor den Wahlen seine Demission zu geben, um den Eindruck zu vermeiden, als sei es gewissermaßen vor der Uebermacht des abermals mit einer parlamentarischen Mehrheit zurückgekehrten Zentrums zurückgewichen, oder als identifiziere es sich mit dem zur Bekämpfung des Zentrums geschaffenen, in der Minderheit gebliebenen Großblock. In diesem Vorgehen des Ministeriums ist nicht etwa nur eine leere Förmlichkeit zu erblicken, sondern es ist grundsätzlich insofern von Wichtigkeit, als dadurch allen Parteien ohne Unterschied zu Gemüte geführt wird, daß allein die Krone in Bayern über die Einsetzung und Entlassung ihrer Minister entscheidet, und daß die verantwortlichen Stellen nicht gewillt sind, ihrerseits irgendeinen Schritt zu tun, der die falsche Vorstellung erwecken könnte, als herrsche in Bayern ein parlamentarisches Regime. Wenn linksliberale Blätter an dieser Haltung der bayrischen Regierung Anstoß nehmen, so beweisen sie dadurch lediglich, daß sie nicht den ehrlichen Willen haben, das zweifellose verfassungsmäßige Vorrecht der Krone auf diesem Gebiete unumwunden anzuerkennen. Kurioserweise passiert es dabei dem Frankfurter demokratischen Organ, daß es die „Komödie einer höheren Diplomatie", wie es spöttisch das Vorgehen des bayrischen Kabinetts nennt, mit Gründen belegt, die nach linksliberaler Auffassung höchst tadelnswert sein sollen, in Wirklichkeit aber die glänzendste Rechtfertigung der Stellungnahme der Regierung bedeuten, die sich denken läßt. Das genannte Blatt schreibt nämlich wörtlich: „Man wollte um jeden Preis noch in letzter Stunde dokumentieren, daß die bayrische Regierung gewillt und entschlossen sei, nach wie vor ihre Unabhängigkeit von dem Drucke der Wählermassen zu bewahren, und besonders solcher Wählermassen, bei denen die Sozialdemokratie einen nicht geringen Teil ausmacht. Das ist der tiefere Sinn und die Bedeutung der improvisierten Ministerkrise."

Von einem zielbewußten monarchischen und staatserhaltenden Standpunkte aus ist hiergegen nicht das mindeste einzuwenden. Es ist auch für jeden einsichtigen Politiker unverkennbar, daß für die gedeihliche Weiterentwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in Bayern außerordentlich viel davon abhängt, inwieweit die liberalen Kreise sich von der gleichen entschlossenen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie leiten lassen. Wenn die Befreiung von der Uebermacht des Zentrums in Bayern sich nur auf dem verhängnisvollen Wege des Großblocks, d. h. also einer Verbindung mit der Sozialdemokratie auf politischen Gedeih und Verderb erzielen ließe, dann geriete man von der Scylla in die Charybdis, vom Regen in die Traufe. In richtiger Würdigung dieser Sachlage ist sich denn auch die konservative Partei Bayerns bei den Wahlen völlig konsequent geblieben. In welchem Maße die liberalen Elemente im weiteren Verlaufe der Ereignisse gewillt und imstande sein werden, sich von der Herrschaft des Großblockgedankens loszulösen und selbständige bürgerliche Politik zusammen mit der Rechten zu treiben, muß abgewartet werden. Das eine aber kann schon heute vorausgesagt werden, daß die Betätigung eines radikal-sozialistischen Uebereifers im bayrischen Landtage nur neues Wasser auf die Mühlen des Zentrums leiten würde, während eine besonnene Verständigungspolitik zwischen Konservativen und Liberalen sicherlich dazu beitragen würde, den Eindruck der im Wahlkampfe erlittenen Mandatsverluste für das Zentrum nachhaltiger zu gestalten und es dadurch zu größerer Mäßigung in seinem Auftreten zu veranlassen.

*

Den „Münchn. Neuest. Nachr." wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß der neugewählte bayrische Landtag voraussichtlich auf den 15. Februar einberufen wird. Es dürfe angenommen werden, daß der Prinz-Regent mit der feierlichen Eröffnung des Landtages den Prinzen Ludwig als Stellvertreter beauftragen werde.

Neueste Drahtmeldungen

vom 6. Februar.

Nachklänge zu den Wahlen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Vom Hansabund erhält die „Kreuzztg." nachstehende Zuschrift: „In der gestrigen Abendnummer Ihrer geschätzten Zeitung befindet sich eine Mitteilung der „Hamb. Nachr." folgenden Inhalts: „Wie uns aus Dresden von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, soll der Präsident des Hansabundes, Geheimrat Dr. Riesser, bei der Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem Nationalliberalen Heinze in einem Schreiben an eine einflußreiche Persönlichkeit in Dresden darauf hingewiesen haben, daß Herr Heinze ehemals Mitglied des Vereins Deutscher Studenten gewesen sei, dem man antisemitische Tendenzen nachsage." Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß Ihre Nachricht von Anfang bis zu Ende glatterfunden ist. Ein derartiger Brief existiert überhaupt nicht."

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie der „Voss. Ztg." aus Leipzig geschrieben wird, treffe der Vorwurf geringer Teilnahme an der Wahlagitation auf die Leipziger Studentenschaft nicht zu. An der dortigen Universität hätte sich vielmehr ein Komitee aus Korporationsstudenten und Nichtinkorporierten gebildet, das schon im Dezember allgemein zur Wahlhilfe aufforderte. Im ganzen hätten sich beim Komitee 600 Studenten gemeldet, die in sieben sächsischen Wahlkreisen Schlepperdienste verrichtet hätten.

Die Steuerreform im preußischen Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus führte heute die Beratung der Steuerreformgesetze zu Ende. Auch die Redner von heute sprachen sich durchweg dagegen aus, daß die Steuerzuschläge zu dauernden gemacht werden. Von fortschrittlicher Seite erklärte man sich damit einverstanden, die Zuschläge auf drei Jahre provisorisch weiter zu bewilligen. Dann müsse aber eine Bestimmung getroffen werden, daß sie dann in Wegfall kommen. Der freikonservative Abgeordnete v. Dewitz-Oldenburg befürwortete seine schon in der Presse dargelegten Vorschläge, wonach eine Zuwachssteuer erhoben werden solle da, wo das Einkommen nicht verbraucht, sondern daraus Ersparnisse gemacht werden. Der konservative Redner, Abgeordneter v. Bockelberg, führte aus, die Ergänzungssteuer sei noch die letzte Reserve, die Preußen habe. Man sollte daher diese letzte Karte heute nicht ausspielen, da sie für ernstere Zeiten vielleicht nötiger gebraucht werden würde. Seine Freunde seien daher nicht für eine Progression der Ergänzungssteuer. Sie wünschten vor allem eine stärkere Deklaration und schärfere Anfassung des Einkommens. Die Vorlage wurde schließlich an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

*

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Nationalliberalen haben im Abgeordnetenhause zur zweiten Beratung des Etats der auswärtigen Angelegenheiten den Antrag eingebracht, die Regierung möge dem Hause tunlichst bald authentische Mitteilungen über die mit der Kurie über das neueste Motuproprio betreffend das Gerichtsverfahren gegen Kleriker gepflogenen Verhandlungen machen, insbesondere den darauf bezüglichen amtlichen Schriftwechsel vorlegen. Vom Zentrum sind zwei Anträge eingebracht worden, die die Einführung der geheimen Wahl bei den Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und zu den Landesvertreterversammlungen bezwecken.

Die innere Kolonisation.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde bei Behandlung der Denkschrift über die innere Kolonisation festgestellt, daß die Nachfrage nach bäuerlichen Ansiedlungen sehr viel reger ist als nach Arbeiteransiedlungen. Der Minister erklärte, daß die Regierung bereit sei, Domänen für Zwecke der inneren Kolonisation zur Verfügung zu stellen. Im Abgeordnetenhause ist eine Denkschrift über die Moorkultur und die Moorbesiedlung in Preußen eingegangen. Die Regierung will darnach ein Gebiet von 694 000 Hektar im ganzen kultivieren, und zwar mit einem Kostenaufwande von 115 Millionen. Auch ist eine gesetzliche Regelung in Aussicht genommen, die eine unwirtschaftliche Ausnützung der Moore verhindern will. Der Minister teilte noch mit, daß seit 1850 bisher nicht weniger als 400 Millionen Mark zu diesen Zwecken verausgabt worden sind.

Der Verbandsdirektor von Groß-Berlin

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Berliner Vertreter der Zweckverbandsversammlung wählten den Oberbürgermeister Voigt-Barmen zum Verbandsdirektor von Groß-Berlin. Die Vororte sollen ersucht werden, sich diesem Vorschlag anzuschließen.

Das Berliner Sechstage-Rennen

Berlin. (Priv.-Tel.) Um 5 Uhr (65. Stunde) sind 1952,160 Kilometer zurückgelegt. Der Stand ist unverändert. Beim Stundenschluß führte Kudela vor Jacquelin und Stol. Bis 6 Uhr werden weitere 25 Kilometer zurückgelegt. Für den Abend haben sich der Polizeipräsident von Berlin v. Jagow und v. Podbielski, der frühere Landwirtschaftsminister, angesagt.

COGNAC MEUKOW
wird an vielen fürstlichen Höfen geführt.